www.apb-tutzing.de | ISSN 1864-5488 | Ausgabe 04-2021

AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Titelthema: Demokratie in Verhandlung

Bundestagswahl, aktuelle Herausforderungen, alternative Modelle für die Zukunft

ab Seite 3

Robotik und KI

Entwicklungen in den Bereichen Robotikforschung und KI sind mehrfach Thema. Einmal mitsamt Zeitleiste und Checkliste für eine Marsmission.

Seite 10 und 18

Bürgerrechts-bewegung

Was hat die Fast-Food-Industrie mit den Rechten afroamerikanischer Menschen in den USA zu tun? Eine Tagung gibt Antworten.

Seite 24

Radio in Krisenzeiten

Warum Radio so dringend gebraucht wird, und was es in Krisenzeiten leisten kann, das war das Thema der 16. Tutzinger Radiotage.

Seite 28

Gesundheit als Definitionssache

Sommerschule mit südosteuropäischen Partnern

Endlich Präsenz! Ende Juni konnte am Starnberger See die erste große internationale Tagung seit langer Zeit stattfinden. Forschende und Studierende aus Kroatien, Griechenland, Bulgarien und Deutschland trafen sich zur 8. Internationalen Bioethik Sommerschule. In Tutzing konnte sie schon zum dritten Mal gemeinsam mit der FernUniversität in Hagen und unterstützt vom DAAD organisiert werden.

Statt auch diese Veranstaltung zu einer zoom-Konferenz zu machen und damit in die Welt der Avatare zu wechseln, hielten die Beteiligten an der bewährten Idee fest, wonach wissenschaftlicher Austausch und internationale Vernetzung auch direkte Begegnung erfordern – im Hörsaal wie beim abendlichen „Bier auf Abstand". Die Freude darüber war bei allen Anwesenden groß. Lediglich die Teilnehmenden aus Albanien, Serbien und Bosnien-Herzegowina mussten mit dem Bildschirm Vorlieb nehmen – aus diesen Ländern war zum Zeitpunkt der Konferenz nur landwirtschaftlichen Hilfsarbeitern die Einreise in die Bundesrepublik erlaubt, nicht aber Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

„Integrative Bioethik" heißt das innovative Vorhaben, dem sich die Sommerschulen widmen: Im stets schon gelebten Vollzug menschlichen Lebens soll dessen Freiheitsverwirklichung entdeckt und deren implizite Normativität erkannt werden. Diese Bioethik produziert also keine neuen Gebote und Verbote, sondern sie ist bestrebt zu erkennen, was „immer schon" im Leben der Menschen die Grundlage von deren Gedeihen ist. Die Bedingung der Möglichkeit wirklich freien Lebens soll dadurch in der Erkenntnis wie im Handeln bewahrt werden: Freie Kommunikation ist dafür wesentlich.

So lag es nahe, in diesem Jahr das Auftreten von COVID-19 und die vielfältigen krisenhaften Reaktionen darauf zu betrachten: Der Begriff der Gesundheit und das Konzept von „Public Health" waren daher im Fokus.

Thomas Sören Hoffmann, Philosoph und Mitorganisator von der FernUniversität in Hagen, zeigte die Herkunft von Public Health aus der im 18. Jahrhundert entstehenden Gesundheitsbewegung auf. Zwar kann nur das Individuum gesund und krank sein, doch die ganze Gattung kann von Krankheit betroffen sein. Das nimmt die Gesundheitsbewegung zum Anlass, die Gesundheit selbst zu einem öffentlichen Gut zu erklären. Doch damit spielen auch öffentliche Interessen in die Gesundheit hinein und solche sind allgemein nicht identisch mit denen des Individuums, vielmehr überstimmen sie diese regelmäßig. Daraus entstehen menschenrechtliche Konflikte, denn die Menschenrechte sollen gerade die Position des Individuums und seine grundlegenden Rechte und Interessen prinzipiell schützen. Der Gesundheitsbegriff wird dabei nur homonym verwendet, denn individuelle und öffentliche Gesundheit haben letztlich wenig miteinander zu tun. Beim einen geht es um das eigene Erleben des Menschen, beim anderen geht es um – meist über Zahlen vermittelte – allgemeine Risikoerwägungen, weshalb man bei Public Health auch – schon lange vor der COVID-19-Reaktion, die das in aller Deutlichkeit zeige – vom „Regieren mit Zahlen" spricht.

Public Health-Interventionen arbeiten mit extrinsischer Motivation

In vier weiteren Dimensionen gibt es einen grundlegenden Unterschied zwischen der individuellen Gesundheit und der Gesundheit als öffentlichem Interesse: Schon aus intrinsischer Motivation heraus kümmern Menschen sich um ihre Gesundheit, Public Health-Interventionen hingegen arbeiten mit extrinsischer Motivation (etwa mit Geldprämien für Impfungen oder Alltagshindernissen für nichtgeimpfte Personen); bei der individuellen Sorge um die Gesundheit geht es um interpersonale Beziehungen (zum Beispiel zwischen Arzt und Patient), während Public Health asymmetrisch wirkt; dem Individuum geht es um seine prekäre Autonomie, Public Health verfolgt demgegenüber ein öffentliches Interesse; in der Konfrontation des Individuums mit Krankheiten erfährt es eine existentielle Grenzsituation mit bedeutsamen Wirkungen auf seine Biographie, demgegenüber arbeiten Public Health Operations mit externer Furchtinduktion. – Passenderweise waren die Pioniere der Gesundheitsbewegung in England (Edwin Chadwick) Anhänger utilitaristischer Positionen, bei denen es stets um den Zustand einer großen Zahl, nicht aber um das unvertretbare Individuum und dessen Recht geht. Jeremy Bentham sprach von „health is wealth".

Bocca della denunce di Sanita: Wie im Jahr 2020 in der Stadt Essen, die zeitweise ein anonymes Internetmeldeportal für Infektionsschutzmaßnahmenverletzungen unterhielt, so war auch im Dogenstaat Venedig die anonyme Denunziation ein Mittel der öffentlichen Krankheitsbekämpfung. Hier konnte man die Anschuldigung in das Löwenmaul stecken.

© Wikimedia commons / Didier Descouens, Chiesa di Santa Maria della Visitazione (degli Artigianelli) Bocca di Leone, CC BY-SA 4.0

Auch in der institutionellen Durchsetzung wird deutlich, daß es bei Public Health nicht um das gesunde Individuum geht, so saßen schon im Venedig des 17. Jahrhunderts Senatoren und nicht Ärzte im Gesundheitsrat. – Ein klinisch praktizierender Arzt ist auch unter den Beratern der für die deutsche „Corona-Politik" entscheidenden Ministerpräsidentenkonferenzen nicht vertreten.

Vertauschung von Wirklichkeit und Möglichkeit

Der homo hygienicus, dessen Ziel „Reinlichkeit" ist, drückt das neue (Selbst-)Verständnis des Menschen aus. Die neue wissenschaftliche Medizin hat erklärtermaßen nicht mehr die Heilung von Kranken, sondern die Erkenntnis zum Ziel. Es treten utopische Ideen auf den Plan, wie die „Befreiung von Krankheiten" durch deren „Ausrottung". Welche Krankheiten derartige Aufmerksamkeit erhalten, ist eine politische Entscheidung, Risikoerwägungen aufgrund von Modellen und Sicherheitsbestreben prägen den Diskurs. Sogar Wirklichkeit und Möglichkeit ändern ihren Wert, eine Folge dieser Umorientierung zeigte sich im Jahr 2020: So wurden echten Kranken Betten und Behandlungen verweigert um willen des Freihaltens von Betten für mögliche, zukünftige Patienten. Der normative Sinn von Gesundheit als abhängig vom Eigensinn freier Akteure gehe damit verloren, so der Philosoph Hoffman.

Corporate Health

Über Diskursverschiebungen und Begriffsumwandlungen berichteten auch Andreas Brenner (Basel) und Markus Knaup (Hagen). Einig waren sie sich darin, dass ein Staatsnotstand nur durch eine Bedrohung des staatsbegründenden Rechts bestehen kann und nicht durch einen möglichen Ausfall einer Funktion der Daseinsvorsorge. Wenn aber Freiheit zum Problemerzeuger wird und die abstrakte Konzentration auf ein Einzelproblem die Politik bestimme, gehe mit der Relationslosigkeit auch die Vernunft verloren. Brenner forderte dagegen „philosophische Herdenimmunität". Michael Spieker (Tutzing/Benediktbeuern) zeigte anhand der Entwicklung des Gesundheitsbegriffs von der Antike bis zur Neuzeit mögliche Quellen für solch eine Immunisierung auf.

Tiefgreifende Entfremdungstendenzen im modernen Selbst wurden von Hrvoje Juric (Zagreb) analysiert. Seit der Antike wird als gesund diejenige Verfassung

eines Individuums bezeichnet, in der es aktiv handeln und seine Aufgaben erfüllen kann. Das Gegenteil eines integrativen Konzepts sei es nun, wenn das eigene Erleben und Handelnkönnen nicht mehr als Grundlage der Gesundheit ausreicht, sondern von einer dritten Instanz unabhängig vom Individuum definiert werden kann, ob man gesund oder krank ist und daran weitreichende Folgen geknüpft sind. Juric griff auch die ökonomischen Interessen an der Definitionsmacht auf und sprach im Blick auf die Gegenwart von einem neuen, wirkmächtigen Gesundheitsbegriff: „corporate health".

Völkerrecht und Gesundheit

Ein öffentlicher Gesundheitsnotstand von weltweitem Ausmaß (englisches Akronym: PHEIC) wurde durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 30.01.2020 verkündet. Seit 2005 ist dieser Schritt im Falle von Influenza und SARS-Auftreten vereinfacht und es zählt dafür nicht mehr so sehr die Schwere der Erkrankung, sondern die Tatsache internationaler Verbreitung. Dieser Beschluss hat auch eine ökonomische Dimension, da mit solch einer Erklärung beispielsweise Mittel für die Herstellung von Impfstoffen mobilisiert werden. In der Folge wurde die Erklärung des Notstands weltweit zum Ausgangspunkt drastischer politischer Maßnahmen. Dabei handelt es sich um einen politischen Beschluss, nicht um ein medizinisches Konzept. Silvia Behrendt (Salzburg), Juristin und frühere Mitarbeiterin der WHO, führte in die völkerrechtlichen Regelungen der International Health Regulations (IHR) ein, die der Politik der WHO zugrunde liegen.

Zentral ist dabei laut Vertragstext der Respekt vor der Würde des Menschen (Art. 3 IHR), ein Thema, das von Stavroula Tsinorema (Kreta) vertieft wurde, die darauf hinwies, dass das allgemeine „Recht auf Gesundheit" kein Recht auf die Verletzung anderer Rechte begründet. Im Falle eines PHEICs empfiehlt ein Notfallkomitee verbindliche Gesundheitsmaßnahmen. Im Zuge von COVID-19 haben weltweit die Staaten Verordnungen erlassen, die weit darüber hinausgehen, was die WHO empfiehlt. Dies geschah ohne Transparenz und ohne angemessene Risikobewertung, so Behrendt. Die IHR erforderten dabei Maßnahmen, die so wenig Störungen verursachen wie möglich.

Um dies zu beurteilen gibt es beim Generaldirektor der WHO ein eigens für einen PHEIC eingerichtetes Review-Committee. Es führt das Monitoring über die IHR durch. Behrendt machte auf den problematischen Umstand aufmerksam, dass sich in diesem Gremium Mitglieder selbst überprüfen, zum Beispiel in der Person des Präsidenten des Robert Koch-Instituts, das in Deutschland der Hauptakteur der IHR ist. Weder im Rechtsstaat noch in der Wissenschaft sei das sachgemäß.

So gab die Sommerschule bei aller Freude über das gemeinsame Treffen in Präsenz Anlass zu mancher Besorgnis. Sie fängt mit der Verwunderung darüber an, was ein Treffen in Absenz sein sollte und führt bis zu der prinzipiellen Erwägung, dass ohne einen klaren Begriff der menschlichen Würde auch deren Schutz nicht möglich sein wird.

Michael Spieker

© TOMASCHOFF / TOONPOOL.COM